

600 Jahre Medizinische Fakultät Rostock

Teil 4: Die Medizinische Fakultät Rostock unterm Hakenkreuz – Einblicke

von Kathleen Haack und Emil C. Reisinger*

Der Weg in die Diktatur

Der Erste Weltkrieg stellte einen tiefen weltpolitischen Einschnitt dar. Wie kaum ein Ereignis zuvor band er alle gesellschaftlichen Kräfte und wirtschaftlichen Ressourcen und war auch für die Universität Rostock und die Medizinische Fakultät eine enorme Herausforderung. Viele Angestellte und Studenten kämpften im Feld oder leisteten Dienst in Lazaretten. Nicht wenige von ihnen verloren ihr Leben, wie aus dem im Universitätsarchiv verwahrten Gedenkband der zwischen 1914 und 1919 Gefallenen hervorgeht (Abb. 1).¹

Die nach der Niederlage von 1918 und dem „Versailler Diktat“ zunehmende ideologische Überhöhung des Krieges, wie sie besonders bei den konservativ-bürgerlichen Bildungseliten – im Übrigen nicht nur in Deutschland – zu Tage trat, bewirkte eine geistige Mobilmachung, die in einer Zementierung nationaler Klischees und Feindbilder gipfelte. Sie sollte noch weit in die so ungeliebte erste deutsche Republik von Weimar hin-

einragen. In der Folge standen vor allem die Bildungseliten der parlamentarischen Demokratie skeptisch gegenüber. Unter dem Bedingungsrahmen von Hyperinflation und schließlich Weltwirtschaftskrise und den damit verbundenen massiven, auch persönlichen Einschränkungen war ihre Akzeptanz nahezu aussichtslos. Der zunehmende Konkurrenzdruck ließ Ressentiments wieder stärker in den Vordergrund treten, vor allem gegen jüdische Kollegen. Das bekannteste Beispiel für die Medizinische Fakultät der Universität Rostock ist das des Zahnmediziners Hans Moral (1885–1933).²

Die zumindest rechtlich unstrittige gesellschaftliche und kulturelle Gleichstellung der jüdischen Ärzte in der Weimarer Republik führte zu ökonomischen und sozialen Abschottungsbestrebungen, zu einem Klima der Verunsicherung und damit verbunden zu einer politischen Radikalisierung gerade junger deutscher Ärzte. Und auch innerhalb der Studentenschaft blieb die materielle und damit soziale Deklassierung für die politische Haltung nicht folgenlos. Hitler hatte schon 1930 konstatiert, ihm gebe nichts „mehr Glauben an den Sieg unserer Idee, als die Erfolge des Nationalsozialismus an der Hochschule“³. Und tatsächlich war der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) bereits 1930 zur stärksten Studentengruppe an der Universität Rostock avanciert, gleichermaßen vertreten in allen Fakultäten.⁴

Bei den Hochschullehrern sah dies zunächst anders aus. Lediglich der spätere Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Hans Reiter (1881–1969) – zwischen 1919 und 1933 als Bakteriologe und (Sozial)Hygieniker an der Medizinischen Fakultät Rostock tätig –, war bereits vor 1933 Mitglied der NSDAP.⁵

* Dekanat der Universitätsmedizin Rostock, Ernst-Heydemann-Straße 8, 18057 Rostock UAR R15 A1/2.

¹ Vgl. dazu vor allem die zahlreichen Publikationen Heinrich von Schwanevedes (2019, 2018, 2012, 2008).

² Hitler, Die Bewegung, 19.8.1930. Zit. nach Studenten im Kampf, 1938, S. 4.

³ Vgl. Deinert 2019, S. 307.

⁴ Reiter war 1931 der Ortsgruppe Mecklenburg-Schwerin beigetreten. Er sollte einer der einflussreichsten Akteure der nationalsozialistischen „Gesundheitsführung“ werden. Vgl. Schmuhl 2019, S. Zudem war auch der spätere stellvertretende Reichsärztführer Kurt Blome (1884–1969), der zwischen 1922 und 1924 an der Dermatologischen Klinik in Rostock tätig war, seit 1920 Mitglied der NSDAP. Blome musste seiner politischen Betätigung wegen, die Universität Rostock 1924 verlassen. Vgl. Lilla 2004, S. 45–46.



Abb. 1: Gedenkband, in dem die Universität ihrer Gefallenen des Ersten Weltkriegs gedenkt

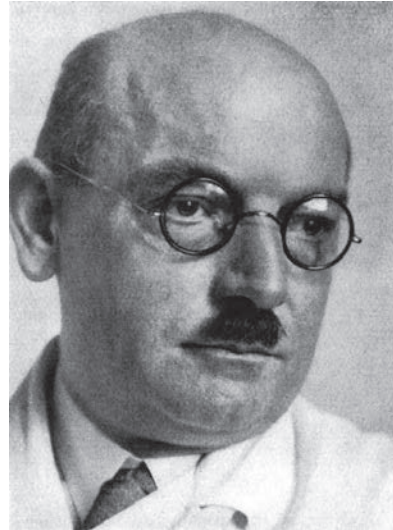


Abb. 2: Georg Ganter (ohne Jahr)
Fotos: UAR

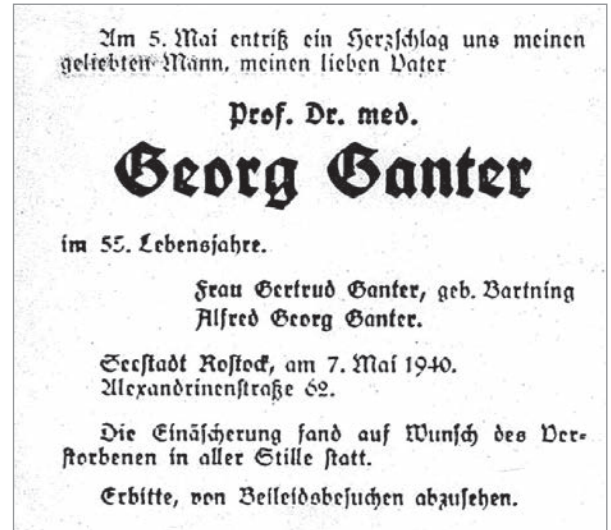


Abb. 3: Todesanzeige Georg Ganter in der Ostseezeitung vom 7. Mai 1940.

Dies sollte sich in den folgenden Jahren radikal ändern. Die Mehrzahl der Hochschullehrer der Medizinischen Fakultät trat der nationalsozialistischen Partei oder ihr angegliederte Organisationen bei. Dass dies nicht mit einer uneingeschränkten Akzeptanz der gesellschaftspolitischen Ideen der NS-Ideologie bei allen einherging, ist in der Forschung weitgehend anerkannt.⁶ Insofern sollte der historiografische Blick darauf gerichtet sein, was die einzelnen Protagonisten taten, weniger darauf, was sie waren, nämlich Mitglieder der NSDAP und anderer NS-Organisationen, deren politisch-soziales Profil sehr heterogen war. Für die Medizinische Fakultät der Universität Rostock steht eine solche umfassende wissenschaftshistorische Analyse aus. Dieses Forschungsdesiderat ist unbedingt auszuräumen, da die führenden Entscheidungsträger an der Universität spätestens ab 1936 fast ausschließlich der Medizinischen Fakultät angehörten.⁷

Bekannt ist, dass Mediziner der Universität Rostock an Menschenrechtsverletzungen und an Handlungen zur Stigmatisierung und Vertreibung von Kollegen und Studenten beteiligt waren. Sie opferten das Wohl ihrer Patienten einem kaum hinterfragten Wissenschaftsideal, dessen ideologisches Fundament lange vor 1933 bereitet war, eng verknüpft an

einen seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert einsetzenden Prozess der Biologisierung des Sozialen. Die Formen der Entsolidarisierung waren begleitet von aktiver Verdrängung, Opportunismus und schweigendem Profitieren. Aber auch die andere Seite gab es: Zivilcourage und vereinzelte Versuche, sich dem gemeinsamen Erwartungsdruck nicht zu beugen oder sogar aktiv zu widersetzen, mehr oder weniger offen.

Im Folgenden sollen exemplarisch Handlungen von Hochschullehrern der Medizinischen Fakultät Rostock in der NS-Zeit aufgezeigt werden.

Der „Fall“ Georg Ganter

Das Vorgehen gegen den Internisten und Vorreiter der Peritonealdialyse, Georg Ganter (1885–1940), kann einerseits einen Einblick in die sich nach 1933 ändernden Machtstrukturen an der Medizinischen Fakultät der Universität Rostock gewähren. Andererseits steht sein Beispiel für Zivilcourage jenseits aller ideologischen Vorgaben. Ganter (Abb. 2), seit 1926 als ordentlicher Professor und Vorstand der Medizinischen Poliklinik an der Universität Rostock tätig, war einer der wenigen (Rostocker) Hochschullehrer, die den Mut aufbrachten, sich solidarisch und human gegenüber jüdischen Mitmenschen zu verhalten.

Entgegen der Vorgaben und Vorbehalte seiner Kollegen, behandelte er Patienten unabhängig von deren Konfession oder rassistisch definierten Zugehörigkeit. Seine 1935 gegenüber dem Oberarzt der Medizinischen Klinik Werner Böhme (1902–1973) gemachte Äußerung, er „behandle [...] jeden Juden genauso wie jeden anderen Menschen“⁸, veranlasste Böhme zur Denunziation gegenüber dem Vertrauensmann⁹

⁶ Vgl. Steuer u. LeBau, 2014.

⁷ Auch wenn einzelne Veröffentlichungen über Hochschullehrer an der Medizinischen Fakultät und deren Wirken während der NS-Zeit vorliegen, fehlt eine grundlegende Studie zum Thema. Eine solch eingehende Analyse verspricht einen ungemainen Erkenntnisgewinn hinsichtlich struktureller, personeller, forschungsrelevanter und weiterer Veränderungen sowohl an der Medizinischen Fakultät als auch an der Universität insgesamt. Neue Erkenntnisse verspricht das Dissertationsprojekt von Florian Detjens „Wissenschaft und Diktatur. Die Universität Rostock im Nationalsozialismus (1932/3–1945).“

⁸ UAR PA Ganter, Georg, Erklärung Dr. Böhme vom 19.12.1935, Bl. 86. Zudem war Ganter der behandelnde Arzt des katholischen Kaplans Wilhelm Leffers (1871–1952), der 1935 und nochmals 1940 wegen seiner negativen Äußerungen gegenüber der Ideologie des Nationalsozialismus inhaftiert worden war. Vgl. <https://www.katholische-kirche-guestrow.de/e.htm#liste0> (Letzter Abruf 12.09.2019).

⁹ In dieser Funktion war Brill für alle Neuberufungen an der Universität zuständig.

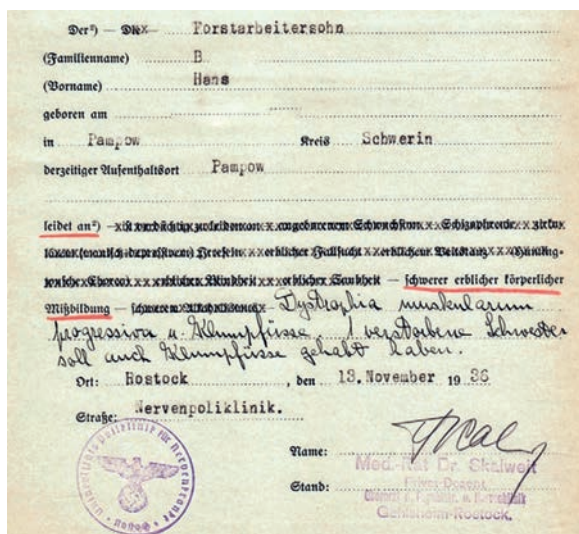


Abb. 4: Auszug aus einem Antrag zur Sterilisation eines Patienten der Nervenzpoliklinik Rostock, unterzeichnet von Wolf Skalweit

der NSDAP an der Universität Rostock, dem späteren Rektor der Universität und Dermatologen Ernst Heinrich Brill (1892–1945). Brill, 1933 gegen den Willen der Medizinischen Fakultät und auf ausdrücklichen Wunsch des Gauleiters Friedrich Hildebrandt (1898–1948) als ordentlicher Professor für Dermatologie an die Universität Rostock berufen, war einer derjenigen, die ihre Aufgabe darin sahen, dem Führer „mit ganze[r] Kraft, mit Kopf und Herz“¹⁰ zu dienen und die Universität zu einer nationalsozialistischen Musterinstitution umzugestalten. Jene, die sich diesem Diktat nicht unterordnen wollten, wurden entlassen. Ganter, dessen Persönlichkeit, so Brill 1936, von der Universität Rostock abzulehnen sei¹¹, wurde im Mai 1937 aufgrund des *Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* in den Ruhestand versetzt. Ähnlich war es ein Jahr zuvor dem Endokrinologen Arthur Jores (1901–1982) ergangen, der keinen Hehl aus seiner Ablehnung gegenüber dem Nationalsozialismus gemacht hatte. Bis zu Ganter's frühem Tod im Jahr 1940 (Abb. 3) betrieb dieser eine Privatklinik in der Paulstraße in Rostock.¹²

NS-Gesundheitspolitik als wichtige Säule des politischen Systems

Ernst Heinrich Brill war nicht nur an einem politisch-administrativen Umbau der Universität nach nationalsozialistischen

Vorgaben, hinter denen vor allem Gauleiter Hildebrandt¹³ stand, beteiligt. Auch an der Umsetzung der NS-Gesundheitspolitik wirkte er mit. Neben seinen Aufgaben als Direktor der Dermatologischen Klinik fungierte er als Beisitzer im Erbgesundheitsobergericht Rostock, eine eher ungewöhnliche Aufgabe für einen Hautarzt, die im allgemeinen Psychiatern oder anderen in „Erb- und Rassenpflege“ ausgebildeten Medizinern zukam. Wie viele Beurteilungen von Brill dazu führten, dass Menschen zwangssterilisiert worden sind, lässt sich aufgrund der schlechten Aktenlage¹⁴ nicht mehr sagen. Laut des Oberarztes der Psychiatrischen Klinik Wolf Skalweit (1900–1986) waren bis zum 31. Mai 1935 im Bereich des Erbgesundheitsobergerichtes Rostock 2.207 Anträge (Abb. 4) gestellt worden.¹⁵

Die Schätzungen der insgesamt in Mecklenburg zwischen 1934 und 1945 Zwangssterilisierten schwankt zwischen 5.000 und mehr als 9.000 Menschen.¹⁶ Im Einzugsbereich Rostock und teilweise auch des Erbgesundheitsgerichts Güstrow waren die Gynäkologische Klinik für Frauen und die Chirurgische für Männer der Universität Rostock für die Durchführung zuständig. Dementsprechend ist davon auszugehen, dass die Mehrzahl der Betroffenen in Mecklenburg an den Rostocker Universitätskliniken operiert worden ist. Die unfreiwillige Sterilisation stellte in zweifacher Hinsicht eine Verletzung dar: zum einen den Eingriff in die körperliche Unversehrtheit und zum anderen das ihr zugrundeliegende Unwerturteil. Doch dies genügte den nationalsozialistischen Machthabern bald nicht mehr. Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs änderten sich die Rahmenbedingungen. Aus Ausgrenzung wurde Vernichtung. Die als unwert und „Ballastexistenzen“ deklassierten Menschen hatten entsprechend der Wertehierarchie der Nationalsozialisten nunmehr keine Berechtigung zur Teilhabe an den immer knapper werdenden Ressourcen. Die unter dem Begriff „Euthanasie“ begangenen Tötungen an psychisch kranken und behinderten Menschen stellten den ersten systematisch und zentral organisierten Massenmord in der Zeit des Nationalsozialismus dar. Ihm fielen zwi-

¹⁰ Auszug aus der Antrittsrede Brills als Rektor 1936, UAR: R4B2, Antrittsschreiben Brill, Bl. 2.

¹¹ Vgl. UAR PA Ganter, Georg, Bl. 116.

¹² Vgl. Heß, 2010, S. 55.

¹³ Vgl. Pingel, 2012, passim.

¹⁴ Die Akten des Gesundheitsamtes Rostock sind 1942/43 mehrheitlich bei den alliierten Luftangriffen zerstört worden. Zudem sind wohl auch die Krankenakten der Frauenklinik aus der Zeit nicht mehr vorhanden.

¹⁵ Skalweit 1935, S. 402.

¹⁶ Vgl. Haack, 2019, S. 336.

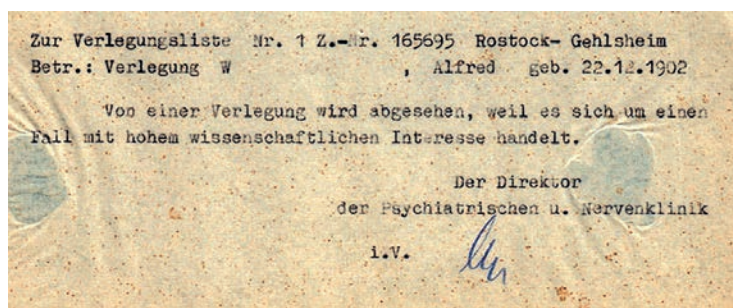


Abb. 5: Anordnung zur Rückstellung von Patienten, die im Rahmen der „Aktion T4“ getötet werden sollten.

schen 1939 und 1945 ca. 300.000 Menschen zum Opfer, darunter sowohl Erwachsene als auch Kinder und Jugendliche.¹⁷ Unter ihnen waren ab 1941 auch Menschen mit psychischen und neurologischen Erkrankungen der Psychiatrischen Klinik Rostock-Gehlsheim.¹⁸ Zudem ist davon auszugehen, dass auch Ärzte der Universitäts-Kinderklinik an den Verbrechen an Kindern und Jugendlichen während der Zeit des Nationalsozialismus beteiligt waren.¹⁹ Zweifelsohne wurden Ärzte, Pfleger, Verwaltungsbeamte und viele andere zu Tätern. Mehr als 400 psychisch und körperlich Kranke aus Mecklenburg wurden im Rahmen der „Aktion T4“ in der „Euthanasieanstalt“ Bernburg 1941 ermordet, zwischen 1940 und 1945 starben etwa 1.000 Menschen, darunter auch Rostocker Patienten, in der Anstalt Schwerin-Sachsenberg.²⁰

Zur vollständigen Aufarbeitung gehört aber auch, eine Kontextualisierung der Haltung Einzelner vorzunehmen, um Schattierungen jenseits von Schwarz-Weiß-Stereotypen aufzuzeigen. So fällt auf, dass im Vergleich zu den übrigen Mecklenburger Psychiatrischen Anstalten eine relativ kleine Zahl Rostocker Patienten zur Tötung im Rahmen der „Aktion T4“ abtransportiert worden ist, nämlich 23. Ein Grund war, dass der Direktor der Klinik und Ordinarius für Psychiatrie und Neurologie an der Universität Rostock Ernst Braun (1893–1963) Rückstellungen von Patienten anordnete, die zuvor in der Berliner T4-Zentrale selektiert worden waren. Dies geschah mit dem Hinweis, es handle sich um einen „Fall von hohem wissenschaftlichem Interesse“²¹ (Abb. 5). Wie vielen Patienten Braun damit das Leben – zumindest vorerst – gerettet hatte, ist aufgrund der in der Mehrzahl fehlenden Krankenakten nicht mehr feststellbar.²² Sein Standpunkt zu den Tötungsmaßnahmen lässt sich aus heutiger Sicht schwer

einordnen, zumal sich rückblickend wenig über objektive Handlungsspielräume sagen lässt, die es wohl aber gab. Sein Kollege August Bostroem (1886–1944), Ordinarius für Psychiatrie an der Leipziger Universität, sah in Braun eher einen potentiellen Gegner der Tötung von psychisch Kranken. Braun selbst äußerte in einem Schreiben an diesen, dass er „gegen eine Euthanasie bei Unheilbaren [...] bei solchen, die sich selbst quälen u[nd] mit Einverständnis der Angehörigen [...] keine allzu großen Bedenken habe.“²³ Die Form der Selektion und die Einbeziehung der Schizophrenen lehnte er ab. Inwieweit hier auch die Angst, sich schriftlich zu äußern eine Rolle spielte, muss Spekulation bleiben.

Ausblick

Die Zeit des Nationalsozialismus ist für die Universität Rostock und spezifisch die Medizinische Fakultät allenfalls marginal aufgearbeitet. Mediziner gehörten zu den führenden Köpfen innerhalb der Universität Rostock während der NS-Zeit und besetzten zwischen 1936 und 1946 führende Positionen an der Universität, allen voran das Amt des Rektors. Wenige verweigerten sich oder versuchten „im Stillen“ Einfluss zu nehmen, um so zumindest Unrecht abzumildern. Das Gros der Mediziner jedoch stützte im Miteinander von Politik und Wissenschaft das Regime maßgeblich: durch die Veränderung von Gestalt und Inhalt der Lehre und Forschung, durch Mitwirkung bei der Entlassung jüdischer und unliebsamer Mitarbeiter und in letzter Konsequenz bei der praktischen Umsetzung der NS-Gesundheits- und Rassenpolitik. Dies erklärt auch, warum die Medizinische Fakultät nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der kurzzeitigen Unterbrechung des Lehrbetriebs an der Universität als letzte der Fakultäten im Herbst 1946 wiedereröffnet werden konnte. An einem kurzfristigen Austausch des Personals war mangels Alternativen nicht zu denken, und so konnte die Mehrzahl der als belastet eingestuft Mediziner nach temporären Brüchen ihre Tätigkeit wieder aufnehmen.

Literatur und Quellen bei den Verfassern

Dr. Kathleen Haack
 Dekanat Universitätsmedizin Rostock
 Ernst-Heydemann-Str. 8
 D-18057 Rostock
 E-Mail: kathleen.haack@uni-rostock.de

Prof. Dr. med. univ. Emil C. Reisinger, MBA
 Dekan und wissenschaftlicher Vorstand
 Universitätsmedizin Rostock
 Ernst-Heydemann-Str. 8
 D-18057 Rostock

¹⁷ Vgl. Schmuhl 2011.

¹⁸ Vgl. Haack u. Kumbier 2009, 2013; Haack 2019 a, b.

¹⁹ Vgl. Pelz, 2009.

²⁰ Vgl. Haack et al. 2016.

²¹ Krankenblattarchiv Zentrum für Nervenheilkunde, UMR.

²² Leider sind die Mehrzahl der Krankenakten der Gehlsheimer Klinik aus der Zeit des Nationalsozialismus in den 1970er-Jahren kassiert worden. Immerhin konnte in vier von insgesamt 391 erhalten gebliebenen Akten ein solcher Vermerk gefunden werden.

²³ Bostroem, zit. nach Peters 2013, S. 112.